S 3 SF 209/22 E

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Nordrhein-Westfalen
Sozialgericht	Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen
Sachgebiet	Sozialhilfe
Abteilung	9
Kategorie	Beschluss
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 3 SF 209/22 E
Datum	02.05.2023

2. Instanz

Aktenzeichen	L 9 SO 151/23 B
Datum	14.05.2024

3. Instanz

Datum	-
-------	---

Auf die Beschwerde der Erinnerungsführerin wird der Beschluss des Sozialgerichts Duisburg vom 02.05.2023 geändert.

Die der Erinnerungsführerin zu zahlenden Gebühren und Auslagen werden auf 1.266,16 € festgesetzt.

Die Anschlussbeschwerde des Erinnerungsgegners wird zurückgewiesen.

Das Verfahren ist gebührenfrei; Kosten werden nicht erstattet.

Ä

Gründe

I.

Zwischen den Beteiligten ist die Höhe der aus der Staatskasse zu erstattenden Vergütung streitig.

â€”

Summe 452,20 â€”

Eine fiktive Terminsgebhr sei nicht entstanden, da das Verfahren nicht durch ein Anerkenntnis, sondern durch Klagercknahme beendet worden sei. Eine Einigungsgebhr sei ebenfalls nicht festsetzen, da dies eine besondere Mhewaltung des Prozessbevollmchtigten erfordere, die nicht gegeben sei.

Hiergegen hat die Erinnerungsfhrerin am 02.08.2022 Erinnerung eingelegt und die Festsetzung in der beantragten Hhe geltend gemacht.

Mit Beschluss vom 02.05.2023 hat das Sozialgericht den Kostenfestsetzungsbeschluss vom 28.07.2022 gendert und die aus der Staatskasse zu gewhrende Vergtung auf 880,60 â€” festgesetzt. Es sei eine Erledigungsgebhr angefallen, da die Erinnerungsfhrerin im Anschluss an das Teilanerkentnis der Beklagten noch auf die Klgerin habe einwirken mssen, damit diese es annimmt. Demgegenber entstehe eine fiktive Terminsgebhr bei der Annahme eines Teilanerkentnisses nicht.

Gegen diese ihr am 11.05.2023 zugestellte Entscheidung hat die Erinnerungsfhrerin am 16.05.2023 Beschwerde eingelegt, mit der sie weiterhin die beantragten Gebhren geltend macht. Es sei ein Vergleich geschlossen worden, so dass nicht nur eine Vergleichsgebhr anfalle, sondern auch eine fiktive Terminsgebhr.

Der Erinnerungsgegner hat beantragt, die Beschwerde zurckzuweisen und am 29.06.2023 unter Verwendung des elektronischen Gerichtspostfachs Anschlussbeschwerde eingelegt. Entgegen der Auffassung des Sozialgerichts sei keine Erledigungsgebhr entstanden, da keine besondere Mitwirkung der Erinnerungsfhrerin vorgelegen habe. Auch die Voraussetzungen fr die Festsetzung einer Einigungsgebhr lgen nicht vor.

II.

Der Senat entscheidet ber die Beschwerde in der Besetzung mit drei Berufsrichtern gem [56 Abs. 2 Satz 1, 33 Abs. 8 Satz 2 RVG](#), da die Rechtssache grundstzliche Bedeutung hat.

Die Beschwerde ist zulssig.

Die Beschwerde gegen die Festsetzung der Rechtsanwaltsvergtung ist nach [56 Abs. 2 Satz 1, 33 Abs. 3 Satz 1 RVG](#) statthaft und auch sonst zulssig. Insbesondere bersteigt der Wert des Beschwerdegegenstands 200 â€” und die Zwei-Wochen-Frist des [56 Abs. 2 Satz 1](#) iVm [33 Abs. 3 Satz 3 RVG](#) ist gewahrt. Beschwerdefhrer ist in Verfahren, die die Hhe der Rechtsanwaltsvergtung bei gewhrter Prozesskostenhilfe betreffen, der

Rechtsanwalt selbst bzw. die Landeskasse, vertreten durch den Bezirksrevisor. Beschwerdegegner ist die Landeskasse bzw. der Rechtsanwalt. Die durch die Prozesskostenhilfe begünstigte Partei ist nicht beteiligt (Beschluss des Senats vom 30.04.2018 [L 9 AL 223/16](#); LSG Nordrhein-Westfalen Beschluss vom 25.03.2013 [L 7 AS 1391/12 B](#)).

Die Beschwerde ist begründet.

Nach [Â§ 45 Abs. 1 RVG](#) erhält der im Wege der Prozesskostenhilfe beigeordnete Rechtsanwalt für anwaltliche Tätigkeiten die gesetzliche Vergütung aus der Landeskasse. Dies sind sämtliche gesetzlichen Gebühren und Auslagen ([Â§ 48 Abs. 1 Satz 1 RVG](#)), die sich aus seiner Tätigkeit ab Wirksamwerden seiner Beordnung ergeben. In Verfahren vor den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit, in denen das GKG wie hier gemäß [Â§ 183 SGG](#) nicht anzuwenden ist, entstehen nach [Â§ 3 Abs. 1 Satz 1 RVG](#) Betragsrahmengebühren. Diese richten sich gem. [Â§ 2 Abs. 2 RVG](#) nach der Anlage 1 zum RVG (VV RVG). Anzuwenden ist gem. [Â§ 60 Abs. 1 RVG](#) das ab dem 01.01.2021 geltende Recht, denn der Auftrag zur Klageerhebung gegen den Widerspruchsbescheid vom 06.01.2021 wurde erst im Jahr 2021 erteilt.

Neben der Verfahrensgebühr (Nr. 3102 VV RVG) sind auch eine Einigungs- (Nr. 1006, 1005, 1000 VV RVG) und eine Terminsgebühr (Nr. 3106 VV RVG) entstanden.

Nach Nr. 1006, 1005, 1000 VV RVG entsteht die Einigungsgebühr im gerichtlichen Verfahren, wenn der Streit oder die Ungewissheit der Parteien über ein Rechtsverhältnis durch Abschluss eines Vertrages unter Mitwirkung des Rechtsanwalts beseitigt wird. Der Vertrag kann auch stillschweigend geschlossen werden und ist nicht formbedürftig, sofern dies materiell-rechtlich nicht besonders vorgeschrieben ist. Die Einigungsgebühr nach Nr. 1000 VV RVG soll die frühere Vergleichsgebühr des [Â§ 23 BRAGO](#) ersetzen und gleichzeitig inhaltlich erweitern. Während die Vergleichsgebühr nach [Â§ 23 BRAGO](#) durch Verweisung auf [Â§ 779 BGB](#) ein gegenseitiges Nachgeben voraussetzte, soll die Einigungsgebühr jegliche vertragliche Beilegung eines Streits der Parteien honorieren und dadurch einen Anreiz schaffen, diesen Weg der Erledigung eines Rechtsstreits zu beschreiten. Durch den Wegfall der bis dahin geltenden Voraussetzung des gegenseitigen Nachgebens wird insbesondere der in der Vergangenheit häufig ausgetragene Streit darüber vermieden, welche Abrede noch und welche nicht mehr als gegenseitiges Nachgeben zu bewerten ist ([BT-Drucks. 15/1971, S. 147](#), 204). Unter der Geltung des RVG kommt es deswegen nicht mehr auf einen Vergleich iSv [Â§ 779 BGB](#) oder iSv 54 SGB X, sondern nur noch auf eine Einigung an. Durch die zusätzliche Gebühr sollen die mit der Einigung verbundene Mehrbelastung und erhöhte Verantwortung des Rechtsanwalts vergütet werden, zudem soll die Belastung der Gerichte gemindert werden. Nach Nr. 1000 Abs. 1 VV RVG entsteht die Einigungsgebühr demnach nur dann nicht, wenn der von den Beteiligten geschlossene Vertrag das Anerkenntnis der gesamten Forderung durch den Schuldner oder den Verzicht des Gläubigers auf den gesamten Anspruch ausschließlich zum Inhalt hat (vgl. BGH Urteil vom

10.10.2006 [âĀĀ VI ZR 280/05](#) mwN; BGH Beschluss vom 13.04.2007 [ÂĀĀ II ZB 10/06](#)). Diese Einschrnkung wurde vom Gesetzgeber als notwendig erachtet, damit nicht schon die Erfllung des geltend gemachten Anspruchs die Gebhr auslsen kann ([BT-Drs. 15/1971, S. 204](#)).

Eine solche Einigung liegt vor. Das von der Beklagten mit ihrem Schreiben vom 25.04.2022 unterbreitete Angebot, das die Klgerin zur Beendigung des Rechtsstreits angenommen hat, beinhaltet kein vollstndiges Anerkenntnis des von der Klgerin ursprnglich geltend gemachten Anspruchs. Zwar unterscheiden sich die Leistungen nach dem Dritten und Vierten Kapitel des SGB XII der Hhe nach nicht, aber hinsichtlich ihrer Laufzeit. Denn die Grundsicherung nach dem Vierten Kapitel setzt gem. [ÂĀĀ 41 Abs. 3 SGB XII](#) eine dauerhafte volle Erwerbsminderung voraus und ist damit als Dauerleistung angelegt. Demgegenber besteht bei einer vorbergehenden Erwerbsminderung (nur) ein entsprechend zeitlich begrenzter Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Dritten Kapitel. Zudem weicht der Anspruchsbeginn von dem ursprnglichen Begehren der Klgerin (Leistungen ab dem 01.12.2020) ab.

Der Annahme eines Vertrages iSv Nr. 1000 VV RVG steht nicht entgegen, dass es sich der Sache nach bei dem Angebot der Beklagten um ein Teilanerkennnis und bei der Erklrung der Klgerin neben der Annahme des Anerkenntnisses um eine Teilrcknahme handelt. Denn ein Vergleich, in welchem der Schuldner den Ausgleich eines Teils der vom Glubiger geltend gemachten Forderung zusagt und der Glubiger den weitergehenden Anspruch fallen lsst, ist nichts anderes als eine Kombination von Anerkenntnis und Verzicht (BGH Urteil vom 20.11.2008 [ÂĀĀ IX ZR 186/07](#)). Daher sind die Annahme eines Teilanerkennnisses und die Erledigungserklrung im brigen regelmig als Einigung iSv Nr. 1000 VV RVG anzusehen. Entgegen einer in der sozialgerichtlichen Rechtsprechung vertretenen Ansicht (vgl. LSG Nordrhein-Westfalen Beschluss vom 02.01.2024 [ÂĀĀ L 2 AS 369/23 B](#) mwN; LSG Baden-Wrttemberg Beschluss vom 15.07.2019 [ÂĀĀ L 10 SF 1298/19 E-B](#); LSG Nordrhein-Westfalen Beschlsse vom 14.12.2017 [ÂĀĀ L 19 AS 871/17 B](#) und vom 30.09.2015 [ÂĀĀ L 19 AS 1453/15 B](#); LSG Schleswig-Holstein Beschluss vom 17.03.2014 [ÂĀĀ L 5 SF 43/14 B E](#)), sind das Teilanerkennnis und die Erledigungserklrung auch dann als Einigung iSv Nr. 1000 VV RVG zu verstehen, wenn diese isoliert aufeinanderfolgend abgegeben werden (Klees in Mayer/Kroi, 8. Aufl. 2021, RVG VV 1000 Rn. 44; N. Schneider in Schneider/Volpert, AnwK RVG, 1000 VV RVG, Rn. 88 mwN). Die Einigung gem. Nr. 1000 VV RVG im Sinne von zwei bereinstimmenden Willenserklrungen ist dann darin zu sehen, dass die Annahme und die Erledigungserklrung auf das Teilanerkennnis gefolgt sind und den Rechtsstreit zu dessen Bedingungen beseitigt haben. Dem Teilanerkennnis der Beklagten ist die konkludente Erklrung immanent, den Rechtsstreit zu den entsprechenden Bedingungen vollstndig zu erledigen. Mit der Annahme des Anerkenntnisses und der Erledigungserklrung im brigen hat die Klgerin dieses Angebot angenommen.

Der Senat kann die Frage, ob die Einhaltung der Schriftform nach [ÂĀĀ 56 SGB X](#) fr den Anfall der Einigungsgebhr berhaupt mageblich ist (so wohl LSG Nordrhein-Westfalen Beschluss vom 30.09.2015 [ÂĀĀ L 19 AS 1453/15 B](#)),

offenlassen. Jedenfalls ist das Schriftformerfordernis durch die Abgabe und den Zugang der jeweiligen schriftlichen Vertragserklärungen gewahrt (vgl. zum Meinungsstand Hartmeyer in jurisPK-SGB X, Â§ 56 Rn. 62). Eine Verschriftlichung des gesamten Vertragsinhalts auf einer Urkunde einschließlich der Bezeichnung der Vertragsparteien und der jeweiligen Unterschriften ist nicht erforderlich.

FÃ¼r die Mitwirkung iSv in Nr. 1000 VV RVG genÃ¼gt jede TÃtigkeit, die auf den Abschluss der Einigung gerichtet ist. Die bloÃe schriftliche Niederlegung einer bereits bestehenden, vollstÃndigen WillensÃbereinstimmung wÃrde dagegen nicht genÃgen (BGH Beschluss vom 20.11.2008 â¼ IX ZR 186/07). Hier hat die ErinnerungsfÃhrerin mit der vom ursprÃnglichen Begehren der KlÃgerin abweichenden Abgabe der ErklÃrungen zur Annahme des Teilanerkennnisses und der ErledigungserklÃrung des Rechtsstreits an der Einigung mitgewirkt.

Die EinigungsgebÃhr ist iHv 360 â¼ festzusetzen, denn nach Nr. 1006 VV RVG ist maÃgebend fÃr die HÃhe der GebÃhr die im Einzelfall bestimmte VerfahrensgebÃhr in der Angelegenheit, in der die Einigung erfolgt.

Es ist auch eine TerminsgebÃhr (Nr. 3106 VV RVG) entstanden.

Nach Nr. 3106 VV RVG in der ab dem 01.01.2021 geltenden Fassung entsteht die TerminsgebÃhr auch, wenn in einem Verfahren, fÃr das mÃndliche Verhandlung vorgeschrieben ist, im EinverstÃndnis mit den Parteien ohne mÃndliche Verhandlung entschieden oder in einem solchen Verfahren mit oder ohne Mitwirkung des Gerichts ein Vertrag im Sinne der Nr.Â 1000 geschlossen wird oder eine Erledigung der Rechtssache im Sinne der Nr.Â 1002 eingetreten ist (Nr. 1). Diese Voraussetzungen sind hier erfÃllt, denn fÃr das Verfahren war gem. [Â§ 124 Abs. 1 SGG](#) eine mÃndliche Verhandlung vorgeschrieben und es ist â¼ wie dargelegt â¼ ein Vertrag iSv Nr. 1000 VV RVG geschlossen worden.

TerminsgebÃhr betrÃgt nach Nr. 3106 Satz 3 VV RVG 90% der VerfahrensgebÃhr. Ausgehend von der VerfahrensgebÃhr iHv 360 â¼ belÃuft sich die TerminsgebÃhr daher auf 324 â¼.

Die GebÃhren und Auslagen sind daher unter Einschluss der zutreffend geltend gemachten Auslagen fÃr Post- und Telekommunikation (Nr. 7002 VV RVG) und der Umsatzsteuer (Nr. 7008 VV RVG) antragsgemÃ festzusetzen.

Die Anschlussbeschwerde des Erinnerungsgegners ist zulÃssig, denn sie entspricht den Anforderungen der [Â§ 65d, 65a Abs. 3, 4 Nr. 3 SGG](#). Sie ist zwar nicht aus einem besonderen elektronischen BehÃrdenpostfach (beBPo) Ãbersandt worden, aber gem. Â§ 6 Abs. 3 ERVV steht das Elektronische Gerichts- und Verwaltungspostfach eines Gerichts einem besonderen elektronischen BehÃrdenpostfach gleich, soweit diese Stelle Aufgaben einer BehÃrde nach Abs.Â 1 wahrnimmt. Als Anschlussbeschwerde unterliegt sie nicht der Frist des [Â§ 33 Abs. 3 Satz 3 RVG](#). Die Beschwerde ist jedoch unbegrÃndet, denn der Anspruch der ErinnerungsfÃhrerin besteht in der beantragten HÃhe.

Die Gebührenfreiheit des Beschwerdeverfahrens beruht auf [§ 56 Abs. 2 Satz 2 RVG](#); die Kostenentscheidung folgt aus [§ 56 Abs. 2 Satz 3 RVG](#).

Dieser Beschluss ist nicht anfechtbar ([§ 56 Abs. 2 Satz 1](#) iVm [§ 33 Abs. 4 Satz 3 RVG](#)).

Erstellt am: 17.07.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024